

INHALT

Bildung

Für schwierigste Schüler soll ein Übergangsmo-
dell her. S. 2

Baumschutz

Der Baumschutz in der Stadt
muss verbessert werden. S. 3

Familiennachzug

Die Fraktion will für Syrien
ein Aufnahmeprogramm. S. 4

1-Euro-Ticket für Freiwillige

Wer in Bremen einen Frei-
willigendienst leistet, soll
Bus und Bahn künftig für
einen Euro pro Tag nutzen
können. Dafür will die
Grünen-Fraktion ein Frei-
willigenticket einführen.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,
Matthias Makosch
Druck: Geffken & Köllner, Bremen



Keine ‚Kohle‘ für Klima-Killer

Bremen schließt Investitionen in klimaschädliche Unternehmen aus. Auch Kinderarbeit, die Herstellung von gentechnisch veränderten Pflanzen bzw. Saatgut, die Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen oder auch Tierversuche für die Kosmetika-Produktion sind fortan Ausschlusskriterien für eine Geldanlage. Das hat das Parlament auf Initiative der Grünen-Fraktion beschlossen.

Damit gehört Bremen bundesweit zu den Vorreitern, die Divestment zur Finanzstrategie machen. Das Ziel von Divestment ist, klimaschädlichen und umweltfeindlichen Konzernen das Geld zu entziehen. So soll verhindert werden, dass die restlichen Kohle-, Öl- und Gasreserven gefördert und

verbraucht werden. Denn um das Klimaziel der Weltgemeinschaft zu erreichen, das die Erderwärmung auf unter zwei Grad begrenzt, müssen 80 Prozent der Kohlereserven unter der Erde bleiben.

„Wir wollen, dass Bremen nachhaltig und sauber investiert. Mit dem Beschluss wollen wir dazu beitragen, dass Unternehmen nicht länger Geld am Klimawandel verdienen. Das ist ein Zeichen gegen ethisch und ökologisch fragwürdige Geschäftspraktiken“, so die Fraktionsvorsitzende Maïke Schaefer.

Konkret legt Bremen nur für die Pensionsrücklage von BeamtenInnen Geld an. Der Posten beträgt über 430 Millionen Euro. Bremen legt das Geld z.B. nicht in Aktien von Konzernen an – und das soll auch künftig so bleiben.

Übergangsklassen einrichten

Um das Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße schließen zu können, müssen an den Schulen zunächst die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Manche Schüler sprengen durch ihre Verhaltensauffälligkeiten den Rahmen eines normalen Unterrichts. Bis zu 50 Kinder und Jugendliche werden derzeit im Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße von SonderpädagogInnen unterrichtet. Die Fritz-Gansberg-Schule ist laut Schulgesetz allerdings nur noch bis zum Sommer 2018 zugelassen. Die Grünen-Fraktion spricht sich dafür aus, das Förderzentrum noch drei Jahre länger bis zum Juli 2021 weiter zu betreiben. Vor einer Schließung der Fritz-Gansberg-Schule müssen aus

grüner Sicht an den Schulen zunächst die Voraussetzungen für die Inklusion von Schülern mit sozial-emotionalen Förderbedarf geschaffen werden. Dafür sollen an einigen Schulen auf deren Antrag sog. Übergangsklassen eingerichtet werden, die sich an erfolgreichen Modellen in Berlin und Hamburg orientieren. Klar ist: Dieses Übergangsmodell erfordert zusätzliche SonderpädagogInnen und weitere Ressourcen, wofür im Haushalt die Mittel veranschlagt werden müssen.

„Ein abruptes Ende des Förderzentrums wollen wir vermeiden. Die

anspruchsvolle Arbeit mit extrem verhaltensauffälligen Schülern würde die Schulen derzeit überfordern. Dort müssen zunächst die Voraussetzungen für einen gelingenden Übergang zur Inklusion auch dieser Schüler geschaffen werden. Unser Ziel ist, auch Jugendlichen mit sozial-emotionalem Förderbedarf einen Weg zum Abschluss aufzuzeigen und zugleich den Unterricht in den Regelklassen zu entlasten. Mit den sog. Übergangsklassen haben Berlin und Hamburg positive Erfahrungen gemacht. Die Übergangsklassen sind eine erfolgversprechende Alternative zum Förderzentrum“, erläutert der bildungspolitische Sprecher Matthias Güldner.

Beim ‚Projekt Übergangsklasse‘ besuchen verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche eine normale Schule. Für einige Stunden am Tag werden sie aus der Klasse herausgenommen, damit SonderpädagogInnen in Kleingruppen in sog. Übergangsklassen mit ihnen arbeiten können. Zu diesem Modell gehören Fallbesprechungen von LehrerInnen und Jugendhilfe ebenso wie die intensive Einbeziehung der Eltern.





Bäume besser schützen

Bremen wächst, die Bautätigkeit in der Stadt ist rege.

Doch wo neue Wohngebiete entstehen, müssen häufig Bäume weichen. Zu oft, meint die Grünen-Fraktion. Und fordert deshalb vom Senat ein umfassendes Konzept, um den Erhalt von Bäumen und die wachsende Stadt besser in Einklang zu bringen.

In einem Positionspapier hat die Fraktion dazu eine Reihe an Vorschlägen erarbeitet. „Gerade in einer verdichteten Stadt sind Bäume wichtig. Sie produzieren Sauerstoff, reinigen die Luft, bieten zahlreichen Tieren einen Lebensraum und spenden im Sommer wohltuenden Schatten. Sie sind ein großer Faktor für die hohe Lebensqualität in Bremen. Die rechtlichen Regelungen für einen besseren Baumschutz müssen genutzt werden. Ebenso muss sich die Praxis auf den Baustellen ändern“, betont die Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer.

Bisher wird etwa nur der Baumstamm geschützt. „Damit der Baum die Bauarbeiten überlebt, reicht es nicht, ein paar Latten an den Stamm zu nageln. Wenn die Bagger die Wurzeln schädigen, stirbt er trotzdem ab. Wir brauchen einen Baum-Standortschutz. Künftig muss der Bereich der gesamten Baumkrone geschützt werden“, so Maike Schaefer.

„Wir brauchen einen Baum-Standortschutz“

Auf Baustellen sollen Bäume vor Beginn der Arbeiten systematisch begutachtet und der Baumschutz während der Bauphase verstärkt kontrolliert werden. Auch den Ausgleich für gefälltte Bäume will die Fraktion verbessert wissen. „Geldzahlungen für gefälltte Bäume lehnen wir ab. Sie müssen real nachgepflanzt werden“, unterstreicht Maike Schaefer. Der Baumersatz soll möglichst vor Ort erfolgen. Manchmal ist dies aber nicht möglich. Deshalb soll der Senat



nun Flächen definieren, auf denen die Neuanpflanzungen erfolgen können. Dabei sollen insbesondere Stadtteile berücksichtigt werden, in denen es bisher eher wenige Bäume gibt. Vorstellbar ist auch, brachliegende Kleingärten für die Schaffung eines kleinen Waldes zu nutzen.

Das Positionspapier findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de

Humanitäre Visa nutzen

Die Grünen-Fraktion hat den Senat mit einem Beschluss aufgefordert, das Landesaufnahmeprogramm für Verwandte hierher geflüchteter Syrerinnen und Syrer wieder in Kraft zu setzen. „Der Familiennachzug ist ein Gebot der Humanität und ein Schlüssel zur Integration“, betont der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Mit dem Asylpaket II hat die Bundesregierung das Recht auf Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus für zwei Jahre ausgesetzt. Das betrifft viele syrische Flüchtlinge. „Durch das Asylpaket II werden Familien auf Jahre getrennt. Viele hierher geflüchtete Syrerinnen und Syrer machen sich große Sorgen um ihre Angehörigen, die noch im grauenhaften Bürgerkrieg ausharren müssen. Das erschwert das Ankommen in unserer Gesellschaft. Das grausame und integrationsfeindliche Asylpaket der Bundesregierung zwingt Menschen auf lebensgefährliche Fluchtrouten. Das wollen wir nicht mitansehen. Mit einem Landesaufnahmeprogramm für syrische Familien kann Bremen humanitäre Verantwortung zeigen“, unterstreicht Björn Fecker.

Zwar sind die Länder an die Bundesgesetzgebung gebunden. Sie können aber trotzdem mit Landesaufnahmeprogrammen den Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz ermöglichen. Berlin, Hamburg, Brandenburg,



Schleswig-Holstein und Thüringen machen das. Bei einem Landesaufnahmeprogramm verpflichten sich bereits hier lebende Angehörige, Freunde oder Hilfsorganisationen, für den Lebensunterhalt aufzukommen. Nutzen können dies nicht nur Kinder und Ehepartner, sondern auch Eltern und Geschwister. „Das Programm ermöglicht syrischen

Familienangehörigen durch humanitäre Visa eine vergleichsweise sichere Einreise nach Deutschland. Wir erwarten, dass der Senat wenigstens diese Möglichkeit nutzt. An den Grünen wird das jedenfalls nicht scheitern“, so Björn Fecker.

Der Beschluss findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de